

Wahlprüfstein DIE LINKE

Bund Ökologische Lebensmittelwirtschaft
Marienenstraße 19-20
10117 Berlin

ökologische Lebensmittelwirtschaft

Die Leistungen, die die Gesellschaft von Landwirtschaft und Lebensmittelproduktion erwartet, erbringt die ökologische Lebensmittelwirtschaft in herausragender Weise: sie schafft Arbeitsplätze, stärkt die ländlichen Räume, erzeugt gesunde Lebensmittel, ist klimafreundlich, umwelt- und tiergerecht, gestaltet ein vielfältiges, offenes Landschaftsbild und ist volkswirtschaftlich sinnvoll. Die ökologische Lebensmittelwirtschaft ist ein gesunder und boomender Wirtschaftssektor, der trotz der aktuell schwierigen Wirtschaftslage stabil weiter wächst und neue Arbeitsplätze schafft. Immer mehr Verbraucher legen Wert auf umwelt- und sozialverträglich hergestellte Produkte und sind bereit die oben beschriebenen Leistungen, wie sie der Öko-Landbau bietet, zu honorieren. Um letztlich diese Leistungen zu erbringen und weiter ausdehnen zu können, ist die ökologische Lebensmittelwirtschaft auch wesentlich von politischen Rahmenbedingungen abhängig. Wir freuen uns, dass Sie sich zum Programm gemacht haben, den Anteil des ökologischen Landbaus zu erhöhen. Gern möchten wir erfahren, für welche konkreten Ziele Ihre politische Arbeit in der nächsten Legislaturperiode steht.

Klimawandel

Wir stehen unbestreitbar vor großen Herausforderungen. Die Folgen des Klimawandels berühren immer mehr Lebensbereiche. Lebenswichtige Ressourcen wie Boden und Wasser sind in ihrer nachhaltigen Verfügbarkeit gefährdet. Endliche Ressourcen gehen zur Neige und verlangen ersetzt zu werden. Die Gesellschaft ist daher aufgefordert, Lösungen zu entwickeln mit denen das Recht auf Nahrung, Klima- und Umweltschutz, wirtschaftliche Entwicklung und soziale Gerechtigkeit gesichert werden. Auf die Landwirtschaft und angrenzende Felder bezogen, stellt die Ökologische Lebensmittelwirtschaft die Bewirtschaftungsform dar, die diesen Ansprüchen besonders gerecht wird. Sie schützt nicht nur nachweislich Natur und Umwelt, erhält die Biodiversität und nutzt Ressourcen effizient, sondern sie ist auch Motor ländlicher Entwicklung schafft Arbeitsplätze und erzeugt sichere Lebensmittel hervorragender Qualität.

Welche Rolle messen Sie dem ökologischen Landbau, mit Blick auf die großen, gesamtgesellschaftlichen Herausforderungen unserer Zeit, bei?

Der ökologische Landbau stellt für die LINKE ein sehr wichtiges Zukunftsmodell für die Landwirtschaft dar, das die wichtigen Aufgaben der Landwirtschaft wie Ernährungs- aber auch Einkommenssicherung, Schonung der Ressourcen, Umweltgerechtigkeit und Nachhaltigkeit bewältigen kann. Eine Ausweitung des Anteils der ökologischen Landwirtschaft in Deutschland, Europa und weltweit ist notwendig und förderwürdig. Wichtig ist zugleich, dass die Bäuerinnen und Bauern die Umstellung zum Ökolandbau aus einer Eigenmotivation heraus betreiben, die nicht allein ökonomisch oder über das Image begründet ist, sondern die Idee der ökologischen

und sozial verantwortlichen Wirtschaftsweise ernst nimmt. Daher bleibt es eine Aufgabe der Agrarpolitik neben ökonomischen Anreizen die Ausbildung und das Wissen über den Ökolandbau zu erweitern und zu verbreiten. Aber auch die sozialen Leistungen der landwirtschaftlichen Betriebe als Quelle von existenzsichernden Einkommen in den ländlichen Räumen müssen durch politische Rahmenbedingungen gesichert werden, was gerade im Ökolandbau erreicht wird.

Im Gegenzug muss sich die konventionelle Landwirtschaft an den ökologischen Leistungen des Ökolandbaus messen lassen und umweltgerechter werden. Wir wollen eine Ökologisierung der gesamten Landwirtschaft. Mindeststandards insbesondere in Bezug auf Klimawandel, Ressourcenverbrauch und Energieeffizienz sind weiter zu erhöhen.

Agrarpolitik

Die gemeinsame europäische Agrarpolitik steht vor einem großen Umbruch. Es wird kontrovers darüber diskutiert, ob Agrarförderung in Ihrer Gesamtheit beibehalten wird und wie die Gelder innerhalb der zweiten Säule der Agrarpolitik verteilt werden sollen. In diesem Z ist die Qualifizierung von Förderleistungen ein Leitthema.

Werden Sie sich für eine Kopplung der Zahlungen im Rahmen der gemeinsamen Agrarpolitik an soziale und umweltbezogene Leistungen der Landwirtschaft einsetzen? Wie sollen nach Ihren Vorstellungen diese Koppelung sowie die erste und zweite Säule künftig ausgestaltet werden?

Die LINKE tritt für eine Beibehaltung der ersten und zweiten Säule in der Agrarförderung (Direktzahlungen und Förderung der ländlichen Räume) ein. Dabei ist eine stärkere Koppelung der betrieblichen Direktzahlungen an soziale und ökologische Leistungen unabdingbar, um sie angesichts stärkerer Verteilungskämpfe innerhalb des EU – Haushaltes überhaupt erhalten und rechtfertigen zu können.

Die zweite Säule ist finanziell zu stärken und sollte umfassender für die Förderung des ländlichen Raums eingesetzt werden. Der Zugang zu den Fördermitteln muss erleichtert und auf eine breitere Basis als bisher gestellt werden. Insbesondere Frauen in ländlichen Räumen wurden bislang im Zugang zu öffentlichen Fördermitteln benachteiligt. Hier muss dringend mehr Verteilungsgerechtigkeit gewährleistet werden.

Agro-Gentechnik

Die Themen der konventionellen Landwirtschaft, speziell der Agro-Gentechnik erfahren durch die Bundesregierung bereits seit Jahren millionenschwere Forschungsunterstützung. Lediglich ein Bruchteil dieses Betrages geht für Forschungsfragen der Ökologischen Lebensmittelwirtschaft zur Verfügung. Diese geringen Forschungsaufwendungen, die auch die Mittel des Bundesprogramms Ökologischer Landbau umfassen, spiegeln noch nicht einmal den Anteil des Öko-Landbaus an der Landwirtschaft wider und stellen somit eine nicht angemessene Benachteiligung dar. Obschon gerade auf diesem Sektor ein enormes Innovations- und Lösungspotenzial für die großen mit der Landwirtschaft in Zusammenhang stehenden Herausforderungen besteht. Staatliche Aufgabe ist es, einen gleichberechtigten Wettbewerb der Systeme sicher zu stellen die Lösungspotentiale erkennen lassen

Werden Sie sich für eine Aufstockung des Etats für die Ökoforschung einsetzen? Wenn ja, wie hoch muss aus Ihrer Sicht die Forschungsförderung für den ökologischen Landbau sein, so dass ein fairer Wettbewerb zwischen den Anbausystemen sicher gestellt ist? Welche Ministerien sollten in diese Forschungsförderung einbezogen sein?

Die LINKE fordert eine Stärkung der universitären und außeruniversitären Agrarforschung, was eine verstärkte Forschung zum Ökolandbau einschließt. In der vom Bund finanzierten Forschung sind insbesondere die Ressortforschung des BMELVs (Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz) und des BMBFs (Bundesministerium für Bildung und Forschung) betroffen. Die im Rahmen des Bundesprogramms Ökologischer Landbau (BÖL) verstärkte Konzentration auf Forschung anstatt Verbraucherinformation und Werbung begrüßen wir. Das BÖL sollte mindestens in diesem Rahmen erhalten bleiben.

Ein großer Teil der Forschungsmittel für die Agro-Gentechnik stammt aus den Forschungsprogrammen des BMBF. Dieser Mitteleinsatz steht in keinem Verhältnis zur breiten gesellschaftlichen Ablehnung dieser Risikotechnologie, zumal diese Mittel oft zur Produktentwicklung statt zur Risikoforschung verwendet werden. Hier muss dringend forschungspolitisch korrigiert werden. Anstatt der Agro-Gentechnik hinterher zu rennen, sollten mehr Forschungsmittel in Low-Input-Systeme und für angewandte Fragestellungen investiert werden. Nicht nur, aber auch in den Ökolandbau.

Auch die im Rahmen des „Gesundheitschecks“ der EU – Kommission definierten neuen Aufgaben der Landwirtschaft lassen sich sehr gut mit Forschungsfragen zum ökologischen Landbau kombinieren. Im EU-Forschungsprogramm muss eine Verstärkung der Ökolandbauforschung etabliert werden.

Auf Länderebene wird neben landeseigenen Einrichtungen die universitäre Forschung finanziert und organisiert. Hier wird sich die LINKE nach ihren Möglichkeiten für eine Unterstützung und für den Erhalt der universitären Forschung zum Ökolandbau einsetzen.

Ökologischer Landbau

Der Ökologische Landbau hat Leitbildfunktion. Wie kein anderes Landwirtschaftskonzept verwirklicht er eine nachhaltige Ressourcennutzung, die Folgekosten von der Allgemeinheit abwendet und sowohl unter ethischen als auch unter qualitativen Gesichtspunkten hochwertige Nahrungsmittel erzeugt. Zudem bietet die ökologische Lebensmittelwirtschaft ein integriertes, gut funktionierendes Qualitätssicherungssystem und schafft gerade im Problembereich des ländlichen Raumes Arbeitsplätze, die überregional weitere positive Effekte nach sich ziehen. Darüber hinaus wird mit dieser ökologischen Wirtschaftsform auch in hohem Maße der Verbrauchererwartung entsprochen. Diese wichtigen Zusatzleistungen werden von der aktuellen Förderpolitik kaum berücksichtigt. Die hohe Nachfrage nach Bio-Produkten in Deutschland, die vom heimischen Angebot nicht gedeckt werden kann, erfordert, dass diese Chance für die deutsche Landwirtschaft genutzt wird.

Welche Politikmaßnahmen werden Sie auf Bundesebene ergreifen, um diese Potenziale und Chancen der ökologischen Lebensmittelwirtschaft besser zu nutzen?

Die existierenden politischen Instrumentarien zur Förderung des Ökolandbaus müssen an aktuelle Entwicklungen angepasst werden. Da die Nachfrage nach Bio-Lebensmitteln stärker gewachsen ist als ihre einheimische Erzeugung, müssen die Anreize zur Umstellung und vor allem für die Verarbeitung/Veredlung erhöht werden. Innerhalb der 2. Säule der EU – Agrarförderung sind die Instrumentarien zu verstärken. Bund und Länder müssen in dieser Frage enger zusammenarbeiten. Weiterhin sollten die Möglichkeiten für Land- und Lebensmittelwirtschaftsbetriebe zur Risikovorsorge ausgebaut werden angesichts sich vergrößernder Produktionsrisiken in Folge des Klimawandels und angesichts zunehmender Marktrisiken in Folge einer auch im Ökobereich zunehmenden Globalisierung. Gleichzeitig sind in der Absatzförderung die Aspekte regionaler Wertschöpfung aus der

Ökoproduktion verstärkt in den Vordergrund zu rücken, da neben der Ökoqualität zunehmend die Regionalität als Qualitätskriterium wichtig wird.

Gentechnik

Der Einsatz der Gentechnik in Öko-Produkten ist gesetzlich verboten und von den Konsumenten nicht gewünscht. 70-80 % der Gesamtbevölkerung sprechen sich klar gegen die Gentechnik in Essen aus. Studien zeigen ökologische und gesundheitliche Risiken auf. Die ökonomischen Vorteile für die Nutzer der Gentechnik sind insgesamt nicht gegeben. Für die derzeitigen Anwendungsgebiete der Agro-Gentechnik gibt es einfache ackerbauliche Alternativen. Für die Ökologische Lebensmittelwirtschaft entstehen erhebliche Kosten zur Absicherung der Gentechnikfreiheit, ohne das diese Kosten von den Verursachern getragen werden müssen.

Wie werden Sie sich dafür einsetzen, dass das Verursacherprinzip bei der Nutzung der Agro-Gentechnik weit stärker als heute verankert wird?

DIE LINKE lehnt die Agro-Gentechnik ab. Sie wird von 80% der Verbraucherinnen und Verbraucher nicht gewollt, ihnen von den bürgerlichen Parteien, der EU und der WTO allerdings aufgezwungen. Das ist nicht hinnehmbar. Wir werden weiterhin für eine gentechnikfreie Landwirtschaft und Imkerei streiten. Dabei spielt das Verursacherprinzip natürlich eine zentrale Rolle. Wer verunreinigt hat zu zahlen. Das gilt nicht nur für den anbauenden Betrieb, sondern auch für die Saatguthersteller. Und nicht nur das: Die volkswirtschaftlichen Kosten der Agro-Gentechnik (z.B. erhöhte Logistik, Lagerung, Maschinenreinigung, Analytiken, etc.) sind nach Meinung der LINKEN den Nutzerinnen und Nutzern der Agro-Gentechnik ebenfalls in Rechnung zu stellen.

Für welche Grenzwerte setzen Sie sich bei der Kennzeichnung von Saatgut ein? Wie werden Sie sich dafür einsetzen, dass bei der Zulassung von GVOs auch sozioökonomische Aspekte Berücksichtigung finden und unabhängige Wissenschaftler und Studien mit einbezogen werden?

Nicht mit gentechnisch veränderten Organismen (GVO) verunreinigtes Saatgut ist die Grundlage für eine gentechnikfreie Landwirtschaft und Imkerei. Daher lehnen wir Toleranzschwellenwerte für gentechnische Verunreinigungen im Saatgut ab und beharren weiter auf die von Industrie und bürgerlichen Parteien stark kritisierte so genannte Nulltoleranz. So lange es in Europa noch keine politischen Mehrheiten zum völligen Verbot oder Verzicht auf Agro-Gentechnik gibt, muss das EU-Zulassungsverfahren so gestaltet werden, dass bisherige Lücken geschlossen werden. Das betrifft sowohl Transparenz und demokratische Teilhabe am Verfahren, geht über die Einbeziehung sozio-ökonomischer Zulassungskriterien, als auch die Einbindung von unabhängigen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern.

Wie werden Sie sich dafür einsetzen, dass Fleisch, Milch und Eier von Tieren, die mit gentechnisch veränderten Futterpflanzen gefüttert werden, auch entsprechend gekennzeichnet werden müssen?

DIE LINKE setzt sich für eine transparente Kennzeichnungsmöglichkeit im Bereich der Agro-Gentechnik ein. Das beinhaltet vor allem die so genannte Kennzeichnungslücke bei den Produkten tierischen Ursprungs als auch eine transparente Kennzeichnungsvorschrift im Rahmen des neuen deutschen Ohne-Gentechnik-Siegels. Letzteres haben wir zwar im Kern unterstützt, kritisieren allerdings die Ausnahmemöglichkeiten (z.B. Futtermittelzusatzstoffe).

Eine unmissverständliche, auf das tatsächliche Risiko bezogene Kennzeichnung wie zum Beispiel „gentechnikfrei gefüttert“ hätten wir für sinnvoller gehalten.

Wie werden Sie sich dafür einsetzen, dass Regionen selbstbestimmt über die Nutzung der Gentechnik entscheiden können?

DIE LINKE sieht in den gentechnikfreien Regionen und Initiativen eine wichtige Gegenbewegung zum faktischen Gentechnik-Zwang durch die EU und die WTO. Daher unterstützen wir sie. Bisher beruhen die gentechnikfreien Regionen auf privatwirtschaftlichen Vereinbarungen. Wir wollen, dass sie sich verbindlich durch demokratische Entscheidungen zu solchen erklären können. Im Rahmen der Koexistenz kann zum Schutz der gentechnikfreien Produktion schon jetzt durch die Bundesrepublik das Gentechnikgesetz so geändert werden, dass verbindliche gentechnikfreie Regionen ermöglicht werden. Eine solche Änderung werden wir unterstützen.

Patentrecht

Agro-Konzerne streben die Patentierung von Pflanzen und Tieren an. Sie nutzen dazu Lücken im EU-Patentrecht, das genau jene Patente eigentlich verändern soll. Der weltweite, sich über Jahrtausende im Allgemeingut befindliche Züchtungsfortschritt droht somit in die Hände weniger Unternehmen zu geraten.

Wie werden Sie sich im neuen deutschen Bundestag gegen Patente auf die Züchtung von Pflanzen und Tieren engagieren?

Die Patentierung von Lebewesen lehnt DIE LINKE grundsätzlich ab. Nicht nur ethische Gründe sprechen dagegen, dass ein Konzern eine Art oder ein Gen erfunden haben will und die Vermarktungsrechte dafür erhält. Genetische Informationen werden entdeckt, nicht erfunden. Auch die Unabhängigkeit der weltweiten Landwirtschaft ist durch die Konzerninteressen von Monsanto & Co. und den Aufbau von Monopolen massiv bedroht. Mit der Agro-Gentechnik erhält die privatrechtliche Verwertung von Patenten auf Lebewesen im ausschließlichen kurzfristigen Gewinninteresse von Konzernen eine neue Dimension. DIE LINKE spricht sich daher gegen jegliche Patentierung von Leben aus. Die EU-Biopatentrichtlinie, welche ursprünglich einige dieser Schutzgüter sichern sollte, muss dementsprechend geändert und damit alle Schlupflöcher („im wesentlichen biologisch“, etc.) gestopft werden. Bis das soweit ist, muss aber auch bereits nationalstaatlich vorangegangen werden, auch von Deutschland. Ein vorbildliches deutsches Patentrecht könnte anderen EU-Mitgliedstaaten als Beispiel dienen und letztendlich zur Änderung der Biopatentrichtlinie im oben beschriebenen Sinne führen.

Welche konkreten Maßnahmen wollen Sie ergreifen, um der fortschreitenden Monopolisierung im Bereich der Pflanzen- und Teirzucht zu begegnen?

Das Züchten von Tieren und Pflanzen ist eine Jahrtausend alte Tradition von Menschen. Die meiste Zeit wurde dieses Handwerk von Bäuerinnen und Bauern ausgeübt, erst seit wenigen Jahrzehnten von spezialisierten Züchterinnen und Züchtern. Für DIE LINKE ist klar: Das Recht von Landwirtinnen und Landwirten auf Nachbau darf nicht beschnitten werden. Die züchterische Arbeit zum Erhalt der biologischen Vielfalt und die Züchtung von Tieren und Pflanzensorten für die Belange des Ökolandbaus bedürfen aus Sicht der LINKEN einer eigenen Förderung. Im Rahmen der 2. Säule der EU – Agrarförderung müssen hierfür zusätzliche Mittel

bereitgestellt werden. Weiterhin setzt sich die LINKE für den Erhalt und Ausbau der vorhandenen Landeseinrichtungen, die sich auf Ebene der Bundesländer mit Tier- und Pflanzenzucht beschäftigen, ein. Zum Beispiel muss eine bereits seit Jahrzehnten etablierte Obstbaumzucht für Süßkirschen und Aprikosen, die im Land Brandenburg vor der Abwicklung steht, erhalten bleiben. Hier wurden leistungsfähige Sorten im Rahmen der staatlichen Forschung entwickelt, die Lösungen für aktuelle Probleme im Zusammenhang mit dem Klimawandel bieten.

EU, Bund und Bundesländer sind mit in der Verantwortung, Strukturen für züchterisches Arbeiten in der Pflanzen- und Tierzucht zu erhalten. Hier gilt in gewissem Maß ein staatliches Vorsorgeprinzip, da die Monopolisierung in der Pflanzen- und Tierzucht eine Reihe von Gefahren für die Umwelt, Wirtschaft und Gesellschaft mit sich bringt.